

ASTA - Info

Nr. 5
12.11.70

INFORMATIONEN DES ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHUSSES
DER UNIVERSITÄT HAMBURG

vds-MV in Marburg

Der ASTA der Universität Hamburg hat in einem Fernschreiben an die Presseagenturen der BRD folgende Stellungnahme zur Marburger vds-Mitgliederversammlung abgegeben:

PRESSEERKLÄRUNG

des ASTA der Universität Hamburg zur 23.a.o.MV des vds

Die Marburger vds-MV war der dritte, nunmehr erfolgreiche Versuch von Spartakus/DKP und SHB, den Verband auf ihre Politik zentraler Kampagnen und globaler Strategien festzulegen.

Unter der Parole 'Kampf dem Rechtskartell' wurden die alten Spartakus-Resolutionen von DDR-Anerkennung bis Moskauer Vertrag neu aufgelegt. Damit sollte dem vds eine 'antimonopolistische' Stoßrichtung gegeben werden.

Die ASTen Hamburg, München, Tübingen, Stuttgart, Aachen, Erlangen, Regensburg versuchten in öffentlicher Diskussion klarzumachen, daß der notwendige Kampf gegen die Formierung von rechts erfolgreich nur auf Grundlage einer materialistischen Analyse der dieser Entwicklung zugrundeliegenden Kapitalverhältnisse in der BRD geführt werden kann, nicht jedoch mit Protesten gegen Erscheinungsformen wie Strauß, Thadden, 'Bund Freiheit der Wissenschaft' etc.

Insbesondere forderten diese ASTen eine kritischere Auseinandersetzung mit den Rechtstendenzen in SPD und Gewerkschaften.

Als schwerwiegender Fehler wurde die General-These von Spartakus/DKP von der Proletarisierung der Wissenschaftler kritisiert, von der ausgehend studentische Interessenvertretung bereits als Politik für die objektiven Interessen der Arbeiterklasse ausgegeben werden.

Hier forderten die genannten ASTen eine differenzierte Beurteilung der verschiedenen Wissenschaften nach ihrer Stellung in der Gesellschaft, damit die Durchsetzung studentischer Forderungen nicht zur Festigung von Privilegien und Herrschaftsfunktionen der Wissenschaft führen.

Studentische Politik kann nur über Basisarbeit durchgeführt werden.

Deshalb kann nach Meinung dieser ASTen der vds kein Organ sein, welches Politik von oben nach unten betreibt. Jedes vds-Konzept muß insofern pluralistisch sein, als es den Rahmen für die verschiedenen Aktivitäten an den jeweiligen Hochschulorten bilden muß.

Die SHB/Spartakus Plattform erfüllte diese Bedingung - wie aus den Praktiken jener Fraktion deutlich wird - nur verbal.

1. Die nach etwa fünfstündiger öffentlicher Diskussion von der Mehrheit der Delegierten abgelehnte SHB/Spartakus Plattform und die Spartakus-Anträge zur Außenpolitik der DDR wurden per Fraktionszwang, Umgehung der Geschäftsordnung und Anwendung körperlicher Gewalt gegen Delegierte der Minderheiten-Fraktion erzwungen
2. Sowohl die Diskussion über das vds-Konzept der Uni Mainz zur Reorganisation von Fachverbänden im vds als auch das Konzept regionaler Zentren nach dem Modell der Hamburger Selbstorganisation im Gesamthochschulbereich wurde per Geschäftsordnung abgebrochen.
3. Die Besetzung der Gremien und die Verteilung der Projektbereiche wurden in geheimen Fraktionssitzungen zwischen SHB und Spartakus ausgehandelt.

Die Fehler der Göttinger und Münchner MV - von den ASTen der Minderheiten-Fraktion durch Anwendung des Prinzips konsequenter Öffentlichkeit korrigiert - wurden von SHB u. Spartakus fortgesetzt.

Die oben genannten ASTen sehen in diesem Vorgehen eine Irreführung der studentischen Öffentlichkeit. Sie werden breiteste Diskussion über die derzeitige Lage des vds in Gang setzen. Dazu stellt der Hamburger ASTa ein Wertprotokoll und eine Beschluß-Dokumentation der MV her.

-Ende des Fernschreibens-

Der ASTa wird in Kürze

1. Der Öffentlichkeit die Unterlagen der vds-MV zugänglich machen
2. Sein Arbeitsprogramm für das Wintersemester, das dem Studentenparlament am 5.11 in Form einer Parlamentserklärung des Vorstandes bekanntgemacht worden ist, veröffentlichen.

Über beides wird das Studentenparlament öffentlich diskutieren. Näheres dazu wird angekündigt.

ASTa der Universität Hamburg

W. Homfeld (Vorstand)

G. Hopfenmüller (Pressereferat)

Zum Strukturmodell

Die 21. o. MV des vds im März dieses Jahres in Köln hat in der Presse eine sehr skeptische Beurteilung erfahren. Der Student, der im wesentlichen auf diese Berichte angewiesen ist, mußte zu dem Ergebnis kommen, die Versammlung sei die Totenfeier dieses studentischen Verbandes gewesen. Um diese Informationslücke zu schließen, legt der ASTA diesen Kurzbericht vor.

Die auf der 20. o. MV 1968 in München eingeleitete Politisierung des Verbandes (Verurteilung des Vietnamkrieges) hatte bereits gezeigt, daß die traditionelle Studentenpolitik der gegenwärtigen Situation an den deutschen Hochschulen nicht mehr gerecht wurde. Das Jahr zwischen der 20. und 21. o. MV. machte aber deutlich, daß neue Impulse der studentischen Politik nicht zum Tragen kommen konnten innerhalb der traditionellen Verbandsstruktur. Ein Verband, der auf eine Funktionärsspitze zugeschnitten war, mußte notwendigerweise in Konflikt geraten mit einer neuen Politik, die nicht mehr von diesen Funktionären gemacht wurde, sondern von der Masse der politisierten Studenten getragen wurde. In der Notwendigkeit einer Strukturreform waren sich linke wie rechte Studentenschaften einig, wie schon die große Zahl der Vorschläge zur Reform aus Universitäten mit Studentenvertretungen aller politischen Richtungen aufzeigt. Vor diesem Hintergrund fand die Strukturdebatte auf der 21. o. MV statt.

Die Tendenz zum Abbau einer bürokratischen Funktionärsspitze fand ihren konsequentesten Niederschlag in dem ursprünglichen Entwurf der Berliner Vertreter.

"Ausgehend davon, daß die Aufgaben des Verbandes in der überregionalen Hilfestellung für und Vertretung von arbeitsplatzbezogenen Problemen sein kann, wird vorgeschlagen:

1. Der Vorstand wird vergrößert und fungiert gleichzeitig im rollenden System als Reisekader. Seine Aufgabe ist die Aufnahme und Unterstützung der Initiativen in den Hochschulen und die Überwindung regionaler Informationslecks. Darüber hinaus hat er die Studenten betreffende Fragen zu beobachten. Seine Kontrolle erfolgt durch Mitentscheidung von Projektgruppen durch imperatives Mandat.

2. Die Geschäftsstelle dient der Unterstützung der Projektgruppen und örtlicher Aktivitäten. Sie stellt dafür finanzielle Mittel, Planstellen und Materialien in Form von Rundbriefen, Gutachten, Materialsammlungen und Archiv zur Verfügung.

3. Die Projektgruppen bilden sich aus örtlichen ad hoc Gruppen oder auf Initiative des Vorstands zur Bearbeitung überregional - wenn nötig auch regional - relevanter Probleme. Sie erhalten die Unterstützung des Verbandes einschließlich regionaler, befristeter Planstellen.

4. Zur Beobachtung der neuen Verbandsstruktur kann ein ÜPA eingesetzt werden, der beobachtende und beratende Funktion hat.
5. Es gibt weder weitere Verbandsorgane noch eine "Verbandspolitik".
6. Die Verbindungen des VDS nach außen beschränken sich auf die Sicherung und Unterstützung der eigenen Arbeitsfähigkeit und auf den Kontakt mit und die Unterstützung von befreundeten in- und ausländischen Organisationen.
7. Die bisherige Studentenpolitik ist tot."

Dieser Entwurf, der in seiner Schwerpunktverlagerung der studentischen Aktivitäten auf die Basisarbeit den Intentionen nahezu aller Universitäten entsprach, konnte zwar als überzeugendstes Argument für sich die Reduzierung des bürokratischen Apparates auf ein Minimum buchen, stieß aber dennoch auf Ablehnung besonders der kleineren Universitäten Süddeutschlands, die fürchteten, nicht mehr ausreichend Einfluß auf einen derart strukturierten Verband nehmen zu können.

Im Konflikt zwischen Abbau des bürokratischen Wasserkopfes und Einbau ausreichender Kontrollmechanismen auch für MuHos, KiHos, KuHos und TiHos (Musikhochschulen, Kirchliche Hochschulen, Kunsthochschulen, Tierärztliche Hochschulen) mußte ein Kompromiß gefunden werden, der den Apparat notwendigerweise unbeweglicher als wünschenswert macht.

Die bisherigen Schwerpunkte der vds-Arbeit, die im wesentlichen vom Auslands- und Sozialreferat wahrgenommen wurden, sollen auch weiterhin vom Vorstand bearbeitet werden. Die entscheidende Änderung in den Aufgaben des Verbandes liegt darin, daß die bisher auf die einzelne Universität begrenzte Basisarbeit jetzt durch den vds überregional koordiniert werden soll und die Ergebnisse dann allen Universitäten zugänglich gemacht werden sollen. Selbstverständlich kann das nicht heißen, daß sich die Arbeit der Basisgruppen nach den Bedürfnissen des vds zu strecken hat, sondern es war im Gegenteil notwendig, den Verband nach den Bedürfnissen der arbeitenden Gruppen zu strukturieren. Koordinationsinstrument für diese Arbeit sind die Sekretariate, die jeweils in einem Projektbereich zu arbeiten haben. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Sekretäre dieser Projektbereiche nicht in Bonn anzusiedeln, sondern jeweils eine arbeitende Gruppe mit dem entsprechenden Sekretariat zu betrauen und den Sekretär aus den Versammlungen der Basisgruppen herauswählen zu lassen.

Konsequenterweise war man bestrebt, die Projektbereiche entsprechend ihrem Gewicht innerhalb der neuen Verbandspolitik an dem neugeschaffenen obersten Entscheidungsgremium nach der MV angemessen zu beteiligen. Der Zentralrat setzt sich danach aus 20 Vertretern der Studentenschaften (AStA-Vertreter) und maximal 10 Vertretern der Projektbereiche zusammen.

Im Rahmen der Entrümpelungsaktion wurden die bürokratischen Institutionen der Fachverbände, die durch Selbstauflösung bereits größtenteils eines natürlichen Todes gestorben waren, endgültig in den Hades geschickt. Die Möglichkeit von überregionalen Treffen der Fachschaften ist im neuen Strukturmodell ausdrücklich vorgesehen unter IX der Aufgaben des Vorstandes. Darüber hinaus sind die Fachschaften aufgefordert, in den einzelnen, ihrer Fachrichtung entsprechenden Projektgruppen, mitzuarbeiten; die ASTen werden lt. Strukturmodell über jeden Projektbereich informiert und sind verpflichtet, die Fachschaften zu informieren. Das beinhaltet, daß sich die Fachschaften von Gremien der reinen Administration zu Gruppen entwickeln, die innerhalb ihres Faches die wissenschaftstheoretische Arbeit initiieren und vorantreiben.

Verantwortl.: Hopfenmüller/Loewe